

SONDERDRUCK AUS:

DIE ZWEITE GRÜNDUNG DER BUNDESREPUBLIK

GENERATIONSWECHSEL
UND INTELLEKTUELLE WORTERGREIFUNGEN 1955–1975

NASSAUER GESPRÄCHE DER
FREIHERR-VOM-STEIN-GESELLSCHAFT

BAND 8

HERAUSGEGEBEN VON

FRANZ-WERNER KERSTING / JÜRGEN REULECKE /
HANS-ULRICH THAMER



FRANZ STEINER VERLAG STUTTGART
2010

INHALTSVERZEICHNIS

Aufbrüche und Umbrüche: Die zweite Gründung der Bundesrepublik 1955–1975. Eine Einführung	7
----------------------------------------------------------------------------------------------------	---

Medien, Öffentlichkeit, Parteien

Christoph Hilgert

„... den freien, kritischen Geist unter der Jugend zu fördern“: Der Beitrag des Jugendfunks zur zeitgeschichtlichen und politischen Aufklärung von Jugendlichen in den 1950er Jahren	21
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Marcus M. Payk

„... die Herren fügen sich nicht; sie sind schwierig.“ Gemeinschaftsdenken, Generationenkonflikte und die Dynamisierung des Politischen in der konservativen Presse der 1950er und 1960er Jahre	43
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Peter Hoeres

Aneignung und Abwehr der Demoskopie im intellektuellen Diskurs der frühen Bundesrepublik	69
---------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Daniel Schmidt

„Die geistige Führung verloren“. Antworten der CDU auf die Herausforderung „1968“	85
--------------------------------------------------------------------------------------------	----

Wissenschaften und Konfessionen

Tobias Freimüller

Sozialpsychologie als Selbstaufklärung. Alexander Mitscherlich und die Deutschen	111
-------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Klaus Große Kracht

Von der ‚Rechristianisierung der Gesellschaft‘ zur ‚sauberen Bewältigung der Realität‘. Wandlungen im Sendungsbewusstsein katholischer Intellektueller in der frühen Bundesrepublik (1945–1960)	133
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Pascal Eitler

„Auferstehung“ als „Aufstand“. Die Gewaltfrage und die Politisierung der Religion um 1968	153
----------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

ANEIGNUNG UND ABWEHR DER DEMOSKOPIE IM INTELLEKTUELLEN DISKURS DER FRÜHEN BUNDESREPUBLIK

Peter Hoeres

I. ZUR GESCHICHTE DER DEMOSKOPIE

Schon immer interessierte die Herrscher, seien es nun Tyrannen, legitime Monarchen oder das Volk selbst gewesen, die Meinung des Volkes. *Demoskopie* ist ein altgriechisches Wort und bedeutet Volksbeobachtung. Außer durch Wahlverfahren, bei den alten Griechen auch mittels Scherbengerichten, war die Erforschung der Volksmeinung im Verlauf der Geschichte vorrangig vom Gespür von Herrschern oder Theoretikern abhängig, die aus ihren Alltagserfahrungen, Presse, Statistiken, Stimmungsberichten der Polizei, der Geheimdienste oder durch Spitzel Einzelbefunde verallgemeinerten.

Umfragen zur Arbeitswelt wurden seit dem 19. Jahrhundert durchgeführt, im Deutschen Reich z. B. vom berühmten *Verein für Socialpolitik*. Politische Erhebungen bestanden in den USA in den sog. „straw polls“, den Strohwahlen. Vor einer Präsidentenwahl forderten Zeitschriften Ihre Leser zur Einsendung ihres Votums auf. Das Ergebnis konnte natürlich keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben, ebenso wenig wie bei heutigen Anruf- bzw. Votingshows. Die mathematische Repräsentativität beanspruchende Demoskopie erlangte 1936 den Durchbruch in den USA, als George Gallup das Ergebnis der Wiederwahl Roosevelts auf der Basis von nur 5.000 Befragten relativ präzise voraussagte, während die Zeitschrift *Literary Digest* in einer so genannten „Strohwahl“ trotz drei Millionen Teilnehmern daneben lag. Ein Jahr später wurde die auch heute noch wichtige Zeitschrift *Public Opinion Quarterly* als wissenschaftliches Organ der Meinungsforschung gegründet. Zwar musste Gallup 1948 noch einmal einen herben Rückschlag hinnehmen, als er die Wahl von Trumans Opponenten Dewey prophezeite, seitdem haben die seriösen demoskopischen Institute der westlichen Welt jedoch eine äußerst geringe Fehlerquote.¹

In Deutschland gab es mit dem schon erwähnten Verein für Socialpolitik, dem Frankfurter Institut für Sozialforschung und der Nürnberger Schule von Wilhelm Verhshofen, zu dessen Schülern Ludwig Erhard gehörte, einen längeren Vorlauf für die spätere bundesdeutsche Markt- und Meinungsforschung. Auch Joseph Goebbels war an der Meinungsforschung interessiert und versuchte 1942, die Schülerin des Zeitungswissenschaftlers Emil Dovifat, Elisabeth Noelle, als Adjutantinnen zu ge-

¹ Vgl. Karl-Georg von Stackelberg, *Souffleur auf politischer Bühne. Von der Macht der Meinungen und den Meinungen der Mächtigen*, München 1975, S. 190–216.

winnen. Vergeblich, denn eine längere Krankheit gab Noelle die Gelegenheit, diesem Ansinnen zu entgehen.²

Direkt nach dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland hatten die Amerikaner dann zunächst in ihrer Besatzungszone begonnen, die Stimmung der Deutschen zu erkunden, um Aufschluss über die Einstellung gegenüber den Besatzungsmächten und den noch vorhandenen Grad der „Nazifizierung“ zu erhalten. Mit der Gründung der Bundesrepublik wurde dieses Bemühen intensiviert; die Amerikaner suchten Aufschluss über die öffentliche Meinung zur Westbindung und daraus folgend über die notwendigen propagandistischen Maßnahmen. Daneben erhoffte sich Leo Crespi, Chef des Reactions Analysis Staff des High Commissioner for Germany (HICOG), durch die Meinungsforschung auch eine demokratisierende Wirkung auf die westdeutsche Bevölkerung. Schließlich sollte diese ja nicht nur durch US-Maßnahmen beeinflusst, sondern auch von unten demokratisiert werden.³

Bereits 1945 hatte Karl Georg von Stackelberg in Bielefeld EMNID (Akronym für Erforschung der öffentlichen Meinung, Marktforschung, Nachrichten, Informationen, Dienstleistungen) gegründet. Stackelberg belieferte mit Umfrageergebnissen später Ludwig Erhards Wirtschaftsministerium, weitere Ministerien, das Bundespresamt und die CDU, mit der EMNID 1953 einen langfristigen Vertrag schloss. Erhard hatte schon nach der Währungsreform am 20. Juni 1948 das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) beauftragt, die Reaktion der Bevölkerung auf diesen Schnitt einzufangen. Das IfD war 1947 von Elisabeth Noelle-Neumann zusammen mit ihrem Mann Erich Peter Neumann (1912–1973) gegründet worden. Zur Vorgeschichte dieser Gründung gehört ein USA-Aufenthalt von Noelle 1937/38, während dessen sie die Methode der Repräsentativumfrage von George Gallup kennenlernte. Seit 1950 wurden dann Allensbach und EMNID vom Bundespresamt mit regelmäßigen Umfragen beauftragt.⁴

2 Vgl. Christoph Weischer, Das Unternehmen „Empirische Sozialforschung“: Strukturen, Praktiken und Leitbilder der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland, München 2004, S. 133; Elisabeth Noelle-Neumann, Die Erinnerungen, München 2006, S. 103 f.

3 Vgl. zu den Surveys der amerikanischen Militärregierung (OMGUS) und der Hohen Kommission (HICOG) Anna J. Merritt/Richard L. Merritt (Hg.), Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945–1949, Urbana 1970, sowie Anna J. Merritt/Richard L. Merritt (Hg.), Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG Surveys, 1949–1955, Urbana 1980; zu den USA-Umfragen Richard L. Merritt/Donald J. Puchala (Hg.), Western European Perspectives on International Affairs. Public Opinion Studies and Evaluations, New York u. a. 1968; kritisch zu diesen Auswertungen: Uta Gerhardt, Bestandsaufnahme mit Zeitwert. Ein nachträglicher Blick auf das Kompendium „Public Opinion in Occupied Germany“, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 2 (2005), H. 1. URL: <<http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Gerhardt-I-2005>> (24.4.2008). Vgl. ferner Rolf Fröhner, Die Rolle der Meinungsforschung in der deutschen Politik, in: The International Communication Gazette 3 (1957), S. 65–84; Frank Schumacher, Kalter Krieg und Propaganda: die USA, der Kampf um die Weltmeinung und ideale Westbindung der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1955, Trier 2000.

4 Vgl. Anja Kruke, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990, Düsseldorf 2007, S. 61–86; Noelle-Neumann, Erinnerungen; Weischer, Unternehmen, S. 132.

2. KRITIK AN DER DEMOSKOPIE

Im Jahr 1956 hatte Paul Wilhelm „P. W.“ Wenger im *Rheinischen Merkur* eine „Dämoskopie“ gegeißelt, welche die Politiker, aber auch die Bevölkerung zu einer „Anpassungsmoral“, einem „Sog nach unten“ verführe.⁵ 1957 wurde dann zum eigentlichen Jahr der Auseinandersetzung um die Legitimität der nun erblühten Demoskopie. Paul Sethe eröffnete den Reigen der Kritik mit einem Leitartikel in der *Welt*, den er unter dem plakativen Titel „Die Herrschaft der Zweitausend“ platzierte.⁶ Der Titel war eine Anspielung auf die zwei Jahre zuvor von Theodor Eschenburg kritisch diagnostizierte „Herrschaft der Verbände“,⁷ die auch Ludwig Erhard stark beschäftigte.

Sethe verteidigte vehement das Prinzip der repräsentativen Demokratie und die Notwendigkeit politischen „Führertums“ gegen eine von ihm als rousseauistisch empfundene Herrschaft der kurzlebigen Willensäußerung einer kleinen Gruppe von zweitausend Befragten. In einem für den damaligen „abendländischen“ Diskurs typischen Argument verwies er auf die Folgen der Französischen Revolution: „In der Französischen Revolution setzte man Neuwahlen immer häufiger an, damit auch die leiseste Willensäußerung des Volkes berücksichtigt werde. Der Erfolg war am Ende, dass überhaupt nicht mehr gewählt werden durfte...“⁸ Sethe sah konkrete Auswirkungen der demoskopischen Erhebungen im Schwenk der Sozialdemokraten von der Befürwortung der Wehrpflicht zu der einer Berufsarmee. Auch die Außenpolitik der Bundesregierung habe sich unter dem Einfluss der Befragungsergebnisse nun weniger orthodox gegeben.

Intellektuelle Schützenhilfe erhielt Sethe durch den Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis, damals Assistent am Institut für politische Wissenschaft in Frankfurt und SPD-Mitglied. Hennis' scharfe Polemik gegen die „Pollsters“ verwahrte sich dagegen, den qualitativen Begriff einer repräsentativen öffentlichen Meinung mit dem quantitativen Begriff einer in „die Evidenz der Messbarkeit gehüllte[n] gemeine[n] Meinung“⁹ zu verwechseln. Obwohl sich Hennis präventiv gegen den Vorwurf des Elitismus verwahrte, war seine gegen die Rousseausche Identitätstheorie gerichtete Philippika von einem Plädoyer für eine gebildete, in der gehobenen Presse und nicht zuletzt in den Universitäten zu suchende repräsentative Meinung getragen. Diese sollte auf die Politik, aber auch auf den von ihm ebenfalls idealisierten „Common man“ meinungsbildend wirken. Auffällig ist die Wiederkehr dieses Plädoyers in letzter Zeit in Gestalt von Jürgen Habermas' Warnung vor einem Bedeutungsverlust, man könnte fast sagen: „seiner“ Qualitätspresse, wie auch

5 Paul Wilhelm Wenger, Dämoskopie, in: Rheinischer Merkur 21.9.1956, S. 1 f.

6 Vgl. Paul Sethe, Die Herrschaft der Zweitausend. Die Macht der Demoskopie. Vollkommenheit oder Perversion? Gefährdetes Führertum, in: Die Welt 19.1.1957, S. 1 f.

7 Vgl. Theodor Eschenburg, Herrschaft der Verbände?, Stuttgart 1955.

8 Sethe, Herrschaft, S. 2.

9 Wilhelm Hennis, Meinungsforschung und repräsentative Demokratie. Zur Kritik politischer Umfragen, Tübingen 1957, S. 64. Vgl. zu diesem Buch auch Alexander Gallus, „Wieder gelesen“: Meinungsforschung und repräsentative Demokratie, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 16 (2004), S. 290–296.

schon deutliche Parallelen zu Hennis in der Diagnose eines Niedergangs der bürgerlichen Öffentlichkeit in Habermas' 1962 publizierter Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ zu finden sind.¹⁰

Hennis' Kritik richtete sich gegen drei Phänomene: den Verlust der von ihm stets hoch gehaltenen Tradition alteuropäischer Begriffe und politisch-theoretischer Traditionen wie dem schon angesprochenen normativen Verständnis von öffentlicher Meinung. Damit verbunden ist die Loslösung der öffentlichen Meinung von Repräsentation und Wahrheit, von Zurechenbarkeit und Identifizierung der Urheberschaft. Nicht Anonymität, sondern Bekenntnis und Verantwortungsübernahme für das eigene Meinen gehören nach Hennis zu einer freien Gesellschaft. Schließlich kritisierte Hennis die Untergrabung der Führungsfähigkeit und des Führungswillens der dafür gewählten Politiker zugunsten einer Unterwerfung unter manipulativ durch Umfragen ins Spiel gebrachte Gruppen-, Verbands- oder Parteiinteressen.

Praktisch zu beobachten war die Folge dieses Prozesses nach Hennis an der Ablösung der publizistischen und wissenschaftlichen Beratung (ein besonderes Faible schien Hennis für Enquête-Kommissionen zu besitzen) durch die kommerziell getragenen Meinungsforschungsinstitute und an der Kolonialisierung der normativ als Humanwissenschaften aufgefassten Sozialwissenschaften durch die Methoden der quantitativ-empirisch, rein deskriptiv vorgehenden Interviewforschung.

Subtext von Hennis' Kritik war ein Verständnis der Demoskopie und ihrer wachsenden Bedeutung als Amerikanisierung und damit Zerstörung eines abendländischen Politik- und Wissenschaftsverständnisses. Dies hielt Hennis für um so gefährlicher, als in Deutschland, anders als in der englischen und amerikanischen Verfassungstradition, die Trennung von Regierenden und Regierten nicht so scharf gefasst sei:

„Die Demokratie ist weder ‚Selbstregierung des Volkes‘ noch ‚Volksherrschaft‘, sondern Regierung und Herrschaft mit verfassungsmäßig geregelter und periodisch revozierbarer Zustimmung des Volkes. Die amerikanische und englische Verfassungswirklichkeit demonstriert das so anschaulich, dass anderslautende Ideologien demgegenüber relativ machtlos sind. Anders die Lage in Deutschland. Hier ist ein aufnahmebereiter Boden für das Gedeihen des plebiszitär-demokratischen Mißverständnisses unserer Staatsform, als ihn die repräsentativen Demokratien von der alten Tradition der angelsächsischen Staaten abgeben.“¹¹

Hennis erntete für seine Philippika Zustimmung von rechts bis links, auch Wolfgang Abendroth zeigte sich mit Hennis' Stoßrichtung einverstanden, wenn er auch dessen Ideal einer repräsentativen Demokratie denunzierte.¹² Und selbst die *Bild* thematisierte 1957 die Auswirkungen der veröffentlichten Demoskopie auf das

10 Vgl. Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990, Frankfurt am Main 1990 (zuerst 1962).

11 Hennis, *Meinungsforschung*, S. 39.

12 Vgl. die Rezensionen von Wolfgang Abendroth, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 8 (1957), S. 573f., von Hans Huber, in: *Juristenzeitung* 12 (1957), S. 456 und von Ernst Fraenkel, in: *Archiv des öffentlichen Rechts* 83 (1958), S. 360.

Wahlverhalten der Bürger.¹³ Mit Hennis' Kritik war eine gewisse Festschreibung der Lager von Pro und Contra Demoskopie verbunden. Hennis wurde zeitlebens auf die Rolle des Kritikers der Demoskopie festgelegt; launisch merkte er dazu an, weil er „mal Ende der fünfziger Jahre eine heftige Kritik geäußert habe“, werde er nun immer für die Vertretung der Demoskopie-kritischen Seite „gebucht“.¹⁴

Kürzer und knapper als Hennis' Kritik fiel Ernst Fraenkel's Urteil in derselben Schriftenreihe „Recht und Staat“ ein Jahr später aus. Fraenkel sprach 1958 von der „übermäßig großen Bedeutung“, welche „der Demoskopie beigemessen“ werde – „einer unautorisierten, unkontrollierten und nicht-verantwortlichen Methode, den empirischen Volkswillen zu erforschen, d. h. eine Art Ersatz-Plebiszit vorzunehmen.“¹⁵ 1963 legte Fraenkel nach, verlangte einen engen Rahmen für die Demoskopie. Zum einen dürfe sie nicht latente Meinungsverschiedenheiten abfragen, die nicht öffentlich debattiert, mithin also auch nicht zur öffentlichen Meinung gehörten. Der Politikwissenschaftler zählte dazu die Anerkennung der DDR, den Austritt aus der NATO und andere durchaus gängige Themen der Meinungsforschung. Zum anderen dürfe die Meinungsforschung auch nicht zu einem Arkaninstrument der Regierung, also nicht von dieser geheim gehalten werden, was zu dieser Zeit bei für die Bundesregierung durchgeführten Umfragen ebenfalls gängige Praxis war.¹⁶

3. VERTEIDIGUNG DER DEMOSKOPEN UND ERNEUTE KRITIK

Schnell und scharf reagierte der Adorno-Schüler Werner Thönnessen, später Gewerkschaftsfunktionär, auf Hennis, und zwar in der legendären Frankfurter Studentenzeitschrift *Diskus*. Im Jahr des Erscheinens von Hennis' Schrift antwortete er mit einer marxistisch gefärbten Kritik an der Hennis'schen „Massenverachtung“, an dessen angeblicher antidemokratischer Einstellung und an dessen Irrationalismus: „Hennis' Begriff der Entideologisierung, die eigentlich Befreiung vom falschen Bewusstsein meinen müsste, stellt ein Lob der vollendeten Irrationalität dar.“¹⁷

Erscheint diese Kritik (und auch diejenige von Abendroth) als Vorgriff auf den flüchtigen Jargon der 68er, so sind die Antworten der Demoskopen selbst auf Hennis und andere Kritiker bis heute von Relevanz und werden entsprechend reproduziert. Die Allensbacher schlugen zunächst mit einigen Leserbriefen und einem Vor-

13 Vgl. „Hans im Bild“ [= Hans Zehrer], *Das Orakel*, in: *Bild* 13.8.1957.

14 Zit. nach Kruke, *Demoskopie*, S. 464f.

15 Vgl. Ernst Fraenkel, *Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat*, Tübingen 1958, S. 56.

16 Vgl. Ernst Fraenkel, *Demokratie und öffentliche Meinung*, in: *Zeitschrift für Politik* 10 (1963), S. 309–328. Die Umfragedaten wurden innerhalb der Bundesregierung zunächst als „geheim“, dann Anfang der 1960er in der Regel als „vertraulich – nur für den Dienstgebrauch“ klassifiziert.

17 Vgl. Werner Thönnessen, *Demokratie und öffentliche Meinung*, in: *Diskus* 6 (1957), H. 6, S. 193–196, Zitate S. 193.

trag Noelle-Neumanns vor der sozialdemokratischen Akademikergruppe in München zurück,¹⁸ dann auch mit wissenschaftlichen Beiträgen. Besonders einflussreich wurde dabei die selbstbewusste Vorstellung der sozialwissenschaftlich-demoskopischen Methoden und Fragestellungen durch Gerhard Schmidtchen vom IfD in seinem erfolgreichen, mehrfach neu aufgelegten Buch „Die befragte Nation“ von 1959.¹⁹ Schmidtchen kritisierte vor allem die in der „vorempirischen politischen Theorie von der öffentlichen Meinung“²⁰ (gemeint waren Hennis und der Konservative Winfried Martini²¹) vertretene utopisch-unrealistische Vorstellung des politischen Entscheidungsprozesses, die der klassischen aristotelischen und der Aufklärungstradition verhaftet bleibe: Der homo politicus firmiere dort als eigenständig denkender, rational handelnder Akteur, die öffentliche Meinung als Ausfluss der gebildeten Elite, die sich ein Urteil in politisicis erlauben könne. Die Meinungsforschung führe demnach zu Populismus und Aushöhlung politischer Führungskraft. Dagegen argumentierte Schmidtchen, dass Politiker sich schon immer an einer – freilich zuvor eher fiktiven – öffentlichen Meinung orientiert hätten.

Anstatt von einer reinen, elitären Gemeinwohlorientierung in der Politik auszugehen, sah Schmidtchen es als erhärtete soziologische, realistische Theorie an, von einer interessengeleiteten bzw. interessenausgleichenden Politik mit einer weit verstandenen sozialen Kraft namens „öffentlicher Meinung“ als Korrelat der Herrschaft auszugehen. Die demoskopische Erforschung dieser öffentlichen Meinung führe dann, so Schmidtchen, zu einer Stabilisierung und Kontrolle des politischen Prozesses. Einer zu starken Desintegration von politischer Herrschaft und öffentlicher Meinung wie im Vorfeld der Französischen Revolution, mit der Schmidtchen immer wieder eine Kontrastfolie heranzog, könne so begegnet werden. Dann würden ideologische Fragen zu Sachfragen, so jedenfalls der sozialwissenschaftlich-technokratische Optimismus von Schmidtchen, der ihn die politische Umfrageforschung als Symptom einer neuen Stufe der Selbstbeobachtung moderner Gesellschaften und ihrer Funktionsweisen begrüßen ließ.²²

Bei der Taxierung des Einflusses der Demoskopie auf politische Entscheidungen kämpften die Meinungsforscher an zwei Fronten: Einerseits verwahrten sie sich mit Hinweisen auf die Entscheidung gegen die Todesstrafe, für die Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung und die atomare Ausrüstung der Bundeswehr (bei den letzten beiden Punkten waren je 80 % der Bevölkerung dagegen gewesen) gegen den Vorwurf eines übergroßen Einflusses der Meinungsforschung auf die Politik. Auf der anderen Seite wollten sie diesen Einfluss natürlich auch nicht komplett eskamotieren, weswegen sie auf die Bedeutung der Demoskopie hinsichtlich The-

18 Elisabeth Noelle-Neumann, Politische Meinungsforschung und demokratische Praxis, in: Vorwärts 13.12.1957, S. 5.

19 Vgl. Gerhard Schmidtchen, Die befragte Nation. Über den Einfluss der Meinungsforschung auf die Politik, Freiburg im Breisgau 1959; überarbeitet in der Reihe Fischer Bücherei Frankfurt am Main, Hamburg 1965 (diese Ausgabe wird hier zitiert). Der Untertitel ist zu eng gewählt für das ausgebreitete Tableau der Demoskopie.

20 Vgl. Schmidtchen, Nation, S. 246.

21 Vgl. Winfried Martini, Das Ende aller Sicherheit. Eine Kritik des Westens, Stuttgart 1954.

22 Vgl. dazu Schmidtchen, Nation, S. 354.

menrelevanz, Formulierung und allgemeine Orientierung als *einen* Faktor der Politik verwiesen und – nicht immer ganz widerspruchsfrei zum ersten Argument – auch konkrete Beispiele für „policy follows public opinion polls“ nannten: so die Entscheidungen über Hymne und Bundesflagge 1949, die bis kurz vor der Wahl 1953 hinausgezögerte Senkung der Verbrauchssteuern für Kaffee und Tee und natürlich die Planung von Wahlkampagnen, etwa im Zusammenhang der Werbung mit Adenauer 1957.²³

In den Massenmedien wurde Elisabeth Noelle-Neumann zu einer regelrechten Ikone der Meinungsforschung stilisiert. Im Oktober 1953 prangte sie auf dem Titel des *Spiegel*, im August 1957 führte das Magazin ein ausführliches Interview mit ihr, in dem sie versuchte, Ängste vor der manipulativen Kraft der Meinungsforschung abzubauen und ein allzu ideales Bild von Politik im vordemoskopischen Zeitalter zu kritisieren. Ihrem Plädoyer war nicht überall Erfolg beschieden, wie wütende Leserbriefe im *Spiegel* bezeugen.²⁴

Auch EMNID versuchte, der Kritik an der Demoskopie publizistisch entgegenzutreten. Hierfür war insbesondere Rolf Fröhner zuständig. Er konstatierte 1957 eine Konjunktur der Meinungsforschung, in Deutschland mehr als in anderen europäischen Ländern, und führte die gleichzeitige Skepsis gegenüber der Meinungsforschung darauf zurück, dass sie „etwas Neues, etwas ‚Amerikanisches‘“ sei.²⁵ Vor allem fehle es an Kenntnis der Methoden und Aufgaben der Meinungsforschung. An Hennis' qualitativem Begriff der öffentlichen Meinung kritisierte er, dass dieser ein soziales Idealtypus sei, der als Postulat seine Berechtigung haben könne, nicht aber als „Kennzeichnung eines Phänomens der Wirklichkeit“, eines Phänomens, das unabhängig von seiner wissenschaftlichen Ermittlung bestehe und wirke.²⁶ Auch Fröhner verkannte aber Hennis' Argument der Aushöhlung der repräsentativen Verfasstheit der bundesrepublikanischen Demokratie, wenn er auf die fehlende Zustimmung der Mehrheit der Wähler zu neuen, noch nicht in Parteiprogrammen fixierten Problemen für die Politik abhob.²⁷

1961 legte EMNID dann einen material- und thesenreichen Band zum „Prozess der Meinungsbildung“ im Umfeld der Bundestagswahl 1961 vor. Institutschef Karl-Georg von Stackelberg betonte im Vorwort, „dass die komplexen Verflechtungen von Massenreaktionen und politischen Verhaltensweisen unmöglich durch das ‚po-

23 Vgl. Spiegel-Interview mit Noelle vom 21.8.1957, S. 18–23; Schmidtchen, Nation; Gerhard Schmidtchen/Elisabeth Noelle-Neumann, Die Bedeutung repräsentativer Bevölkerungsumfragen für die offene Gesellschaft, in: Politische Vierteljahresschrift 4 (1963), S. 168–195.

24 Vgl. Der Spiegel 28.10.1953, Titel und S. 11–16; Der Spiegel 21.8.1957, S. 18–23. Die Leserbriefe, in: Der Spiegel 4.9.1957, S. 3f. Zur Popularisierung der Meinungsforschung trug auch das anekdotisch aufgemachte Buch über EMNID- und Gallup-Ergebnisse von Heinrich Satter, Deutschland – ohne Feigenblatt. Überraschende Ergebnisse der Meinungsforschung, München 1956, bei.

25 Fröhner, Rolle, hier S. 66.

26 Rolf Fröhner, Trägt die Meinungsforschung zur Entdemokratisierung bei?, in: Publizistik 3 (1958), S. 157–164, Zitat S. 159. Vgl. auch ders., Zur Problematik der Meinungsforschung, in: Zeitschrift für Politik 4 (1957), S. 39–61.

27 Vgl. Fröhner, Rolle, S. 68.

litische Fingerspitzengefühl einzelner Politiker“ erfasst werden könnten.²⁸ Das war gegen Hennis und ähnlich argumentierende Publizisten gerichtet, die der weisen Einsicht der Politiker in die Verhältnisse der öffentlichen Meinung das Wort redeten. EMNID bot dagegen eine Vielzahl von mit unterschiedlichen Methoden erhobenen Ergebnissen der „gemeinen Meinung“,²⁹ die jeweils interpretiert wurden.

Nicht immer gelang dies ganz widerspruchsfrei. So hieß es einerseits, an der Spitze der Interessen stehe die Außenpolitik, auf außenpolitische Spannungen werde relativ schnell und empfindlich reagiert.³⁰ So argumentierte normativ und gar nicht demoskopiegestützt auch Marion Gräfin Dönhoff.³¹ Und an anderer Stelle wurde ferner festgestellt, dass „in der labilen Meinungslage unserer Demokratie außenpolitische Ereignisse auf die Meinungsbildung wirken können. [...] Die Reaktion der Politiker auf solche Ereignisse ist aber mit hoher Wahrscheinlichkeit wesentlich für eine eventuelle Änderung des Wahlergebnisses.“³² Andererseits hieß es, dass im Berichtszeitraum „das Interesse der Bevölkerung weitgehend auf Einzelvorgänge der inneren deutschen Politik, wie Rentenpolitik, Krankenkassenreform, Wohnungsfragen und vor allem Preisfragen gerichtet“ gewesen sei, während doch „objektiv in der Berichtszeit wahrscheinlich die Weltpolitik das innerpolitische Geschehen stark überschattet“ habe.³³ Als Grund hierfür führte EMNID einen Gewöhnungseffekt gegenüber außenpolitischen Krisen in Zeiten des Kalten Krieges an. Der Grad der politischen Anteilnahme hänge dabei wie in der Innenpolitik vom Grad der persönlichen Betroffenheit ab, außenpolitisch interessierte also vorrangig die Erhaltung des Friedens.

Die Ergebnisse räumten „mit manchen liebgewordenen Vorstellungen der Kulturkritik“³⁴ auf. Wahlpropaganda alleine führe in keinem Fall zu einer Änderung der politischen Meinung in der Bevölkerung. Damit zielte EMNID aber an dem Hauptvorwurf der Kritik vorbei, der die Beeinflussung des Politikers durch die Demoskopie und nicht die Beeinflussung des Volkes durch Propaganda beinhalte. EMNID plädierte für eine „Verwissenschaftlichung“ der Parteiarbeit und sah in den Parteireformen der CDU entsprechende Anzeichen. Die „planmäßige Erforschung des Meinungsprozesses und eine „systematische Öffentlichkeitsarbeit“ der Partei(en) waren für das Institut zwei Seiten einer Medaille – eine Sicht, die natürlich ganz pro domo argumentierte, aber zunehmend Akzeptanz in den Parteien fand. Die Beobachtung der öffentlichen Meinung war für EMNID darüber hinaus gera-

28 Karl-Georg von Stackelberg, Vorwort, in: Der Prozess der Meinungsbildung. Dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1961. Ergebnisse von EMNID-Untersuchungen während und nach der Legislaturperiode des 3. Deutschen Bundestages, 2. Aufl., Bielefeld 1961.

29 Ebd., S. 10.

30 Vgl. ebd., S. 14f.

31 Vgl. Dönhoffs am britischen „Observer“ orientiertes Credo in einem programmatischen Brief an Gerd Bucorius aus dem November 1954, in: Haug von Kuenheim/Theo Sommer (Hg.), Ein wenig betrübt. Ihre Marion. Marion Gräfin Dönhoff und Gerd Bucorius. Ein Briefwechsel aus fünf Jahrzehnten, Berlin 2003, S. 26.

32 Prozess der Meinungsbildung, S. 112.

33 Ebd., S. 26.

34 Ebd., S. 115.

dezu eine Aufgabe von staatspolitischer Verantwortung. Denn die von dem Institut diagnostizierte „politische Lauheit und Unentschiedenheit“³⁵ der Deutschen berge Gefahren für die Stabilität des politischen Systems.

Zu einem erneuten heftigen Aufblähen des Streites um die Meinungsforschung kam es 1964 in Form eines polemischen Schlagabtausches zwischen dem Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer und Gerhard Schmidtchen, der beziehungsweise in der Zeitschrift *Der Monat* stattfand. Diese wichtige Kulturzeitschrift der frühen Bundesrepublik war 1948 von der US-Militärregierung gegründet worden, um auf die Deutschen im Sinne der *Reorientation* in Richtung des amerikanischen Konsensliberalismus einzuwirken.³⁶ Es handelte sich mithin um eine Agentur zur Amerikanisierung und Verwestlichung der Bundesrepublik. Substantiu ging es bei der Debatte um die Demoskopie auch immer um die Bewahrung abendländischer, heute alteuropäisch genannter Traditionsbestände, die gegen sozialwissenschaftliche Innovationen verteidigt wurden. Sontheimer rekurrierte nun in seinem Artikel, der besonders Schmidtchens Buch und den jüngsten Artikel der Allensbacher in der *Politischen Vierteljahresschrift*³⁷ ins Visier nahm, abermals auf Hennis „als bedeutsamste wissenschaftliche Kritik der politischen Meinungsforschung, ihrer Rolle in unserer Demokratie.“³⁸ Und so kritisierte auch Sontheimer, dass der Repräsentativcharakter der bundesdeutschen Demokratie durch „vulgär-demokratische plebiszitäre Vorstellungen ins Schwanken“³⁹ gerate. Darüber hinaus attackierte Sontheimer die überzogenen Interpretationen der demoskopischen Ergebnisse durch die Allensbacher, die mit einer Abwertung der „alten“ öffentlichen Meinungen in Gestalt von Zeitungskomentaren und einer Stilisierung der eigenen Arbeit für die Demokratie korrespondierten.

In einer außerordentlich aggressiven Replik verteidigte Schmidtchen nicht nur seine Interpretationen empirischer Befunde, sondern zieht Sontheimer auch einer veralteten elitistischen politischen Theorie: „Wie alle extremistischen Anhänger des repräsentativen Prinzips betrachtet er das Volk mit tiefer Skepsis.“⁴⁰ Geschickt verteidigte Schmidtchen die privatwirtschaftliche Basis seines Instituts auch gegenüber den aus Steuermitteln finanzierten Wissenschaftlern.

Sontheimer antwortete noch einmal. Der Politikwissenschaftler machte am Beispiel der Wahlkampfreise Willy Brandts 1961 und der von den Meinungsforschern diagnostizierten Vergeblichkeit dieser Anstrengung auf die Probleme der kausalen Zuordnung von politischen Maßnahmen zu demoskopischen Ergebnissen aufmerksam und warnte vor der Destabilisierung der Politik, wenn sich die Politik

35 Ebd., S. 119.

36 Vgl. zum *Monat* Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998, S. 139–203, S. 548–576.

37 Vgl. Schmidtchen/Noelle-Neumann, Bedeutung. In diesem Aufsatz postulierten die beiden Meinungsforscher, mit der Demokratie korrespondiere ein totaler Begriff der öffentlichen Meinung, also nicht der alte selektive der veröffentlichten Meinung.

38 Vgl. Kurt Sontheimer, Meinungsforschung und Politik. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Ansprüchen der Demoskopie, in: *Der Monat* 187 (April 1964), S. 41–46. Zitat S. 41.

39 Ebd., S. 44.

40 Vgl. Gerhard Schmidtchen, Der häßliche Meinungsforscher. Das Irrationale in der Kritik an der politischen Umfrage, in: *Der Monat* 188 (Mai 1964), S. 48–55. Zitat S. 52.

den Meinungsschwankungen der Befragten unterwerfe: „Die Abhängigkeit der Politik von den fluktuierenden, unverbindlichen Meinungsströmungen der Bevölkerungsquerschnitte wäre der Tod der Demokratie als freiheitlich-rechtsstaatlicher Lebensordnung.“⁴¹ Der Titel seiner Gegenrede, „Vom Nutzen und Nachteil der Demoskopie“, imitierte Nietzsches Kritik am Historismus. Aber auch Nietzsche wollte die Geschichte bzw. die Geschichtswissenschaft ja nicht abschaffen, sondern bestritt ihren überzogenen Anspruch auf absolute Autonomie und auf die historistische Grundlegung aller Lebensäußerungen.⁴² Letztlich erkannte also auch Sontheimer bei allem Schlachtenlärm die Relevanz der Demoskopie an. Sie sei „sinnvoll als dienendes Instrument der Politik und als solches heute unentbehrlich.“⁴³

Die Demoskopie wurde Mitte der 1960er Jahre nicht mehr in toto angegriffen, ihr sollten keine Restriktionen mehr auferlegt werden. Im Fokus der Kritik stand dagegen weiter ihr überzogener Anspruch, Organ der öffentlichen Meinung und Kontrollinstanz der Politik zu sein. Auch dies zeigt den schon erworbenen Grad der Akzeptanz der Demoskopie in der Bundesrepublik. Auch bei den Medien erwuchs nun eine journalistische Expertokratie zum Thema Demoskopie, mit Gerhard Mauz für den *Spiegel*, Rolf Zundel für *Die Zeit*, Günter Gillessen für die *FAZ* und Ulrich Blank für die *Süddeutsche Zeitung*.⁴⁴

4. DEMOSKOPIE UND FRANKFURTER SCHULE

Ludwig von Friedeburg, Mitarbeiter am Frankfurter Institut für Sozialforschung, nahm 1961 eine zwischen harschen Kritikern und Apologeten der Demoskopie vermittelnde, aber gegenüber dem Mainstream der Meinungsforschung doch kritische Position ein.⁴⁵ Anfang der 1950er Jahre war der später so unstrittene hessische Kultusminister selbst Mitglied des Allensbacher Institutes gewesen. Und auch Horkheimer und Adorno wollten ja empirische Sozialforschung betreiben. Und so eröffnete Adorno auch ganz unbefangen den „Ersten Kongress für deutsche Meinungsforschung“ 1951 in Weinheim mit einem Vortrag „Zur gegenwärtigen Stellung der empirischen Sozialforschung in Deutschland“. Freilich war schon Ador-

41 Kurt Sontheimer, Vom Nutzen und Nachteil der Demoskopie, in: Der Monat 189 (Juni 1964), S. 91–93, Zitat S. 93.

42 Vgl. Friedrich Nietzsche, Unzeitgemäße Betrachtungen. Zweites Stück: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, in: ders., Kritische Studienausgabe Bd. 1. Die Geburt der Tragödie. Unzeitgemäße Betrachtungen I–IV. Nachgelassene Schriften 1870–1873, hg. von Giorgio Colli, Mazzino Montinari, München, Berlin, 2. Aufl., New York 1988 (auf Grundlage der Kritischen Gesamtausgabe, Berlin, New York 1967–77), S. 243–334.

43 Sontheimer, Nutzen, S. 93. Mit ähnlichem Tenor hatte Ludwig von Friedeburg schon Schmidts Buch rezensiert. Er warf Schmidts dabei jedoch die Instrumentalisierung seines Institutes zur „Vorbereitung der CDU-Propaganda und wahltaktischer Zugeständnisse der Regierung in den beiden letzten Bundestagswahlkämpfen“ vor. Vgl. Ludwig v. Friedeburg, Meinungsforschung und Politik, in: Frankfurter Hefte 16 (1961), S. 637–639, Zitat S. 639.

44 Vgl. Kruke, Demoskopie, S. 464f mit Anmerkung 66.

45 Ludwig von Friedeburg, Zum politischen Potential der Umfrageforschung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 13 (1961), S. 201–214.

nos Zusammenarbeit mit Paul Lazarsfeld in einem Projekt zur Rezeption der Radiomusik in den Vereinigten Staaten daran gescheitert, dass Adorno weniger auf einer soliden empirischen Basis argumentierte, als autoritative, überspannt kritische Kommentare abgab. Lazarsfeld spitzte seine Kritik in einem Brief an Adorno im September 1938 auf drei – wissenschaftlich vernichtende – Vorwürfe zu:

(I.) You don't exhaust the logical alternatives of your own statements and as a result much of what you say is either wrong or unfounded or biased.

(II.) You are uninformed about empirical research work but you write about it in authoritative language, so that the reader is forced to doubt your authority in your own musical field.

(III.) You attack other people as fetishist, neurotic and sloppy but you show yourself the same traits very clearly.⁴⁶

Cum grano salis kann man diese Kritik auf die empirische Arbeit, d. h. die Umfrageforschung, die Gruppeninterviews mit „Grundreiz“ und deren Methoden und Interpretationen, des wieder gegründeten Frankfurter Instituts für Sozialforschung ausweiten, sofern sie noch deutlich von der kritischen Theorie geprägt war. Wurde dagegen professionelle empirisch-quantitative Feldforschung betrieben, wie etwa bei der Betriebsklima-Untersuchung in Werken der Mannesmann AG 1954, wobei man auf erfahrene Interviewer des DIVO-Institutes (Deutsches Institut für Volksumfragen) zurückgriff,⁴⁷ so unterschied sie sich nicht von der Arbeit anderer Institute, war also letztlich affirmativ. Ralf Dahrendorf, der nach einem Monat am Frankfurter Institut schnell wieder wegging, kleidete seinen Eindruck in die Worte: „Das Gruppenexperiment (an dem sich noch manche die Zähne ausbeißen sollten) war am Ende weder methodisch noch inhaltlich sonderlich ergiebig. Das sagenumwobene Frankfurter Institut betrieb ganz normale Umfrageforschung. Wo Neues versucht wurde, erwies es sich als untauglich; was tauglich war, brachte nicht viel Neues.“⁴⁸

Umgekehrt wollten die Frankfurter natürlich *kritische* Theorie betreiben, was zwei Negationen zur Folge hatte: Theoretisch wollte man die „Durchschnittsmeinung“ nicht für den „Approximationswert der Wahrheit“ halten, sondern für den „philosophisch zu reflektierenden – „gesellschaftlich durchschnittlichen Schein“.⁴⁹ Praktisch wollte man nicht Zulieferer für Optimierungspläne von Großunternehmen werden. Letztlich führte diese Konstellation dazu, dass sich Horkheimer seinen administrativen und philosophischen Aufgaben, Adorno der Weiterentwicklung einer kritischen Theorie der Gesellschaft widmete.⁵⁰ Auch hierüber äußerte sich Dahrendorf äußerst kritisch: „Auch sie [die Frankfurter Schule, Anm. PH] hatte ja, wie die Brüder Bauer, den klaren Kantischen Begriff der Kritik in eine diffuse dogmatische Position umgewandelt, die ‚kritische Theorie‘. Da war nichts mehr von

46 Zit. nach Rolf Wiggershaus, Die Frankfurter Schule. Geschichte. Theoretische Entwicklung. Politische Bedeutung, 7. Aufl., München 2008 (zuerst 1988), S. 272.

47 Vgl. Wiggershaus, Frankfurter Schule, S. 534–553.

48 Vgl. Ralf Dahrendorf, Über Grenzen. Lebenserinnerungen, 2. Aufl., München 2002, S. 170 f.

49 Theodor W. Adorno, Soziologie und empirische Forschung, in: Klaus Ziegler (Hg.), Wesen und Wirklichkeit des Menschen. Fs. Für Helmut Plessner. Göttingen 1957, S. 244–260, alle Zitate S. 260.

50 Vgl. Wiggershaus, Frankfurter Schule, 479–565.

kritischer Sondierung der Erfahrung, geschweige denn von Selbstkritik; es handelte sich um die Usurpierung des Begriffs der Kritik für eine eigentümlich geschlossene Gesellschaft.⁵¹

Hinzu kam noch eine ausgeprägte Vorsicht vor allem von Horkheimer in jener Zeit, die gerade bei Apologeten der Frankfurter Schule als Opportunismus gebrandmarkt wird. Selbst den Klassenbegriff, mit dem etwa Dahrendorf selbstverständlich arbeitete, wollte Horkheimer nicht mehr in der Institutszeitschrift sehen. Und die Publikation der hauseigenen Studie „Student und Politik“, einer Umfrage unter Frankfurter Studenten, in der Institutsreihe untersagte er wegen Habermas' – damals Assistent von Adorno – politisierender und parteiischer Einleitung.⁵²

Friedeburg nun betrieb für das Frankfurter Institut die Kärnerarbeit der Empirie. Freilich forderte auch er, Adorno folgend, eine verstärkte kritische soziologische Reflexion und kritische Einbettung der Meinungsforschung: „Aus der Zwangsjacke instrumenteller Definitionen und der Beschränkung aufs Details können die Befunde der Umfrageforschung nur durch Anstrengung der Theorie befreit werden, einer Theorie, die kritisch nach dem gesamtgesellschaftlichen Sinn der gesellschaftlichen Erscheinung fragt, die die Umfrage ebenso exakt wie beschränkt ermittelt.“⁵³

5. DIE ENDGÜLTIGE DURCHSETZUNG DER DEMOSKOPIE

Doch welchen Stellenwert maßen die Politiker selbst zum Zeitpunkt der Debatte den Umfragen bei? Regierungssprecher Karl-Günther von Hase verwahrte sich 1964 gegen den Eindruck einer „Diktatur der Demoskopie“. Zwar räumte er ein, dass man viel Standfestigkeit brauche, um an einer Entscheidung gegen die öffentliche Meinung festzuhalten. Trotzdem werde eine „verantwortungsbewußte Regierung“ nicht vor den demoskopischen Zahlen kapitulieren. Diese könnten jedoch Klischeevorstellungen korrigieren und Aufschluss über die vorrangigen Interessen der Bevölkerung (mit dem Ergebnis des Vorrangs eigener ökonomischer Sicherung vor Wiedervereinigung/Weltpolitik) geben.⁵⁴ In der Rückschau sieht von Hase den Stellenwert Demoskopie vor allem in ihrer Bedeutung für die jeweilige politische Argumentation, um politische Ziele zu erreichen.⁵⁵ Politikwissenschaftlich gesprochen gehört die politische Verwendung der demoskopischen Ergebnisse demnach eher zum Bereich *Politics* als zur *Policy*.⁵⁶

Für Politiker typisch ambivalent bei diesem Thema äußerte sich Bundeskanzler Ludwig Erhard am 6. Mai 1966: „Wir sollten nicht so demoskopenhörig sein und

51 Dahrendorf, *Über Grenzen*, S. 171 f.

52 Vgl. Wiggershaus, *Frankfurter Schule*, S. 607–616; Dahrendorf, S. 225.

53 Friedeburg, *Umfrageforschung*, S. 214.

54 Vgl. Karl-Günther von Hase, *Massenmedien und öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Europa-Archiv* 19 (1964), S. 739–748, hier S. 745.

55 Karl-Günther von Hase in einem Gespräch mit dem Verfasser am 2.9.2008.

56 Ähnlich der Befund für den amerikanischen Kontext von Thomas Graham, *Public Opinion and U.S. Foreign Policy Decision Making*, in: David A. Deese (Hg.), *The New Politics of American Foreign Policy*, New York 1994, S. 190–215.

glauben, die wüssten alles ganz genau im voraus. Ich schätze es nicht gering ein, was man dort erfahren kann, aber ich bin auch nicht bereit, das schon als die eiserne Wahrheit und das Ergebnis von morgen anzuerkennen.“⁵⁷ Erhards demoskopischer Berater Karl-Georg von Stackelberg meinte, Erhard habe demoskopische Erkenntnisse interessiert wie Landkarten benutzt, sich in seinen Entscheidungen jedoch „kaum oder vielleicht sogar zu wenig beeinflussen lassen.“⁵⁸

Regelrecht allergisch reagierte aber ein Parlamentarier, als das Instrumentarium der Demoskopie auf die Politiker selbst angewandt wurde. Im Auftrag des Kölner Finanzwissenschaftlers Günter Schmölders erhob das IfD im September 1958 eine repräsentative Erhebung unter den Bundestagsabgeordneten über finanz-, währungs- und konjunkturpolitische Fragen, die 1961 in einem Buch Schmölders' ausgewertet wurde.⁵⁹ Das nicht ganz überraschende Ergebnis war wenig schmeichelhaft für die fiskal- und wirtschaftspolitische Kompetenz der Abgeordneten. Der CDU-Abgeordnete Ferdinand Friedensburg bescheinigte Schmölders, dass sein Verfahren die ganze parlamentarische Arbeit in Frage stellen könne und zudem nichts zur Erhellung der verwickelten parlamentarischen Entscheidungsfindung beitrage.⁶⁰ Noch drei Jahre später warnte Friedensburg Regierungssprecher von Hase anhand dieses Beispiels vor den Gefahren der „universale[n] Inanspruchnahme der Demoskopie durch Politik und Wirtschaft“.⁶¹

Doch prinzipiell war die CDU bei der Nutzung der Demoskopie Vorreiter gewesen. EMNID arbeitete für die CDU, besonders im Norden, bis 1966 der Vertrag aufgrund der Fehlprognosen bei der Bundestagswahl 1965 von der Union gekündigt wurde. In der CDU war es besonders der Geschäftsführende Vorsitzende Josef Hermann Dufhues, der beim Kanzlerwechsel von Adenauer zu Erhard zur Unterstützung des Wandels der CDU von der Kanzler- und Honoratiorenpartei zur Programm- und Mitgliederpartei Umfragebefunde nutzte und verbreitete. Später war auch Kurt Georg Kiesinger der Demoskopie sehr zugetan, laut *Spiegel* sogar „extrem demoskopiegläubig“.⁶² Schon seit der Regierungszeit Adenauers wurden die Regierungsmitglieder unter Einschluss von Staatssekretären von Allensbach über

57 Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969, bearbeitet von Günter Buchstab unter Mitarbeit von Denise Lindsay, Düsseldorf 1998, S. 178 f.

58 Karl-Georg von Stackelberg, *Attentat auf Deutschlands Talisman, Ludwig Erhards Sturz, Hintergründe und Konsequenzen*, Berlin/Köln/Mainz 1976, S. 175.

59 Vgl. Günter Schmölders, *Die Politiker und die Währung. Bericht über eine demoskopische Untersuchung der Meinungsbildung in Finanz- und Währungsfragen im Dritten Deutschen Bundestag*, Frankfurt am Main 1959. Siehe auch Schmidchen, *Nation*, S. 243 und 272, Anmerkung 58. Schmölders und Schmidchen interpretierten das Ergebnis aber verständnisvoll mit den unterschiedlichen Kompetenzen und Aufgaben der unterschiedlichen Fraktionsexperten. Schmölders machte den Vorschlag der größeren Popularisierung finanzwissenschaftlicher Erkenntnisse, um diesen Eingang in die Öffentlichkeit und parlamentarische Entscheidungsfindung zu verschaffen.

60 Ferdinand Friedensburg, *Demoskopie im Bundestag – ein verfehltes Verfahren*, in: *Das Parlament* 15.2.1961, S. 4.

61 Vgl. Friedensburg an von Hase vom 2.11.1964 (dort auch das Zitat) und dessen beschwichtigende Antwort vom 10.11.1964, in: BArch 145/4572 (Bestand Bundespresseamt).

62 *Der Spiegel* 11.8.1969, S. 25.

die neuesten Ergebnisse zu innenpolitischen wie außenpolitischen Themen – Wahlprognosen und Auskünfte über die Parteienpräferenz waren keineswegs die ausschließlichen Themen – kommentierend, und bisweilen mit Ratschlägen versehen, unterrichtet.⁶³

Die SPD gründete 1959 ein eigenes Institut für angewandte Sozialwissenschaft (Ifas, ab 1966 Infas), das für sie Umfragen durchführte und bald mit Computern, Blitzumfragen, eigenen Filmen für TV-Magazine sowie Kontakten zu Universitäten zu einer modernen Institution heranwuchs. Fritz Erler oder Willy Brandt zeigten sich gegen manchen innerparteilichen Widerstand an der Demoskopie sehr interessiert, Brandt kommentierte auch kritisch die Umfragen. 1964 berief Ifas einen „Expertenkreis Wahlanalyse“ unter Vorsitz des Politikwissenschaftlers Karl-Dietrich Bracher. Brandt bediente sich auch des Münchener Unternehmens Infratest unter dem Geschäftsführer Klaus von Dohnanyi, das besonders auf die Fernsehzuschauerforschung spezialisiert war. Letztlich hatte die SPD damit zwei – formal eigenständige – Umfrageinstitute unter Vertrag. Nach Bildung der Großen Koalition wurde Infas dann auch mit Bundesaufträgen bedacht, zunächst zur Außenpolitik (Außenminister: Willy Brandt), dann auch mit allgemeinen Themen. Die Parteien führten sowohl Repräsentativumfragen zu bestimmten Themen als auch psychologische Intensivuntersuchungen und Werbewirkungstests vor Wahlen durch. Mitte der 1960er Jahre hatten sich sowohl die Nachfrage und Nutzung seitens der Politik als auch das Angebot von mittlerweile 70 Instituten für Markt- und Meinungsforschung sowie die Beachtung durch die Medien entscheidend ausgeweitet.⁶⁴

Die Bundestagswahl 1965 war die erste Wahl, bei der die Demoskopie auch im Fernsehen präsent war. In der ARD wurde erstmals Ifas mit einer computergestützten Wahlanalyse zu Rate gezogen, beim ZDF, das ja erst seit 1963 auf Sendung war, EMNID, Allensbach und im Studio der Politikwissenschaftler Rudolf Wildenmann auf Basis der DIVO-Daten. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen über die zwei Tage vor der Wahl bei einem Notar hinterlegten Prognosen von Allensbach und EMNID. Während EMNID dabei an einem Kopf-an-Kopf-Rennen festhielt, sagte Allensbach richtigerweise einen CDU-Sieg voraus, kommunizierte diesen aus Angst vor Manipulationsvorwürfen vor der Wahl aber nicht. Der anschließende Streit um die Art und Weise der Erhebungen, ihre Richtigkeit und Wirkung – Günter Wickert, Leiter der Wickert-Institute, versuchte sich dabei mit dem Vorschlag einer generellen Geheimhaltung von Wahlumfragen zu profilieren⁶⁵ – popularisierte

63 Vgl. zur Nutzung der Demoskopie durch die CDU Frank Bösch, Das Politische als Produkt. Selbstbeobachtungen und Modernisierungen in der politischen Kommunikation der frühen Bundesrepublik, in: Hanno Kluoch/Daniel Morat (Hg.), Kommunikation als Beobachtung. Medienwandel und Gesellschaftsbilder 1880–1960, München 2003, S. 230–248, bes. S. 244–248; Kruke, Demoskopie, S. 67–79.

64 Vgl. Kruke, Demoskopie, S. 221–271, sowie BArch B 145/5473 (Bestand Bundespresseamt).

65 Vgl. Werner Höfer, Keine Wahlprognosen mehr? Ein Demoskop plädiert für politische Einhaltigkeit, in: Die Zeit 22.10.1965, S. 6. Fundierter zu Auswirkung der Demoskopie auf die Wähler Wolfgang Hartenstein, Mit Prognosen leben: Der Einfluß von Wahlvorausagen auf das Wählerverhalten, in: Carl Böhrer, Dieter Großer (Hg.), Interdependenzen von Politik und Wirtschaft. Beiträge zur Politischen Wirtschaftslehre. Festgabe für Gert von Eynern, Berlin 1967, S. 285–306; und als neuere Studie: Wolfgang Donsbach, Die Rolle der Demoskopie in

letztlich die Demoskopie, so dass sie ein fester Bestandteil der politischen Kultur wurde.⁶⁶

Der Streit zwischen den Demoskopern drehte sich um die richtigen Methoden der Meinungsforschung, also um das adäquate Verfahren der Meinungserhebung, d.h. der objektiven Erfassung subjektiver Einstellungen. Das präzisere, auf der Wahrscheinlichkeitsrechnung basierende, aber erheblich kompliziertere Random-Verfahren nach einer streng durchgeführten Zufallsauswahl (z. B. jeder Hundertste aus der Einwohnermeldestatistik) geriet in der Praxis zunächst ins Hintertreffen gegenüber dem billigeren Quota-Verfahren, das auf einer repräsentativen Stichprobe basiert. 1965/1966 kam es darüber zum Zerwürfnis zwischen dem strikten Random-Befürworter Wildenmann, 1964–1974 Leiter der Wahlberichterstattung im ZDF, und der Quota-Praktikerin Noelle-Neumann. In den USA hat sich die Random-Auswahl durchgesetzt, in Deutschland wird weiter auch das Quota-Verfahren angewandt.⁶⁷

Hatte vor der Bundestagswahl 1965 nur der *Stern* eine Umfrageserie durch das IfD (das in Absprache mit dem Bundespresseamt vorging) in Auftrag gegeben und via Balkendiagramme die demoskopischen Ergebnisse über mehrere Monate popularisiert, so wurden neben Staat und Parteien nun verstärkt auch andere Printmedien zu Auftraggebern der Umfrageinstitute. *Der Spiegel* hatte schon 1956 das IfD unter stillschweigender Billigung des Bundespresseamtes, das sich damit verdeckten Einfluss auf den *Spiegel* ausrechnete, mit einer Bundeswehrumfrage beauftragt. Auch die Illustrierte *Quick* zog mit, in der Illustrierten war schon 1961 eine Umfrage erschienen. 1969 kooperierte das *ZDF-Magazin* unter Gerhard Löwenthal mit dem IfD, und auch die Zeitmagazine der ARD brachten nun vereinzelt Umfragen.⁶⁸

6. RESÜMEE

Seit Ende der 1950er Jahren steht eine von Hennis, Habermas und anderen privilegierte „alte“, d. h. journalistisch geprägte öffentliche Meinung einer von den Demoskopern promovierten „neuen“, d. h. in Umfragen fassbaren und auszählbaren öffentlichen Meinung entgegen. Allerdings hat sich die Demoskopie in den 1960er Jahren (Wahlabend 1965) endgültig etabliert und wurde als Faktum akzeptiert. Die

der Wahlkampf-Kommunikation. Empirische und normative Aspekte der Hypothese über den Einfluß der Meinungsforschung auf die Wählermeinung, in: Zeitschrift für Politik 31 (1984), S. 388–407.

66 Vgl. Kruke, Demoskopie, S. 468–474.

67 Vgl. zum Streit zwischen Wildenmann und Noelle-Neumann: Rudolf Wildenmann, Die CDU lag immer vorn, in: Die Zeit 24.9.1965, S. 23; Elisabeth Noelle-Neumann, Demoskopien, Leserbrief in: Die Zeit 22.10.1965, S. 18; Rudolf Wildenmann, Demoskopien-Duell, in: Die Zeit 5. 11. 1965, S. 13; NI, Wildenmann in: BArch N/1404 Nr. 168. Zu den Erhebungsverfahren vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Thomas Petersen, Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie, 4. Aufl. Berlin/Heidelberg 2005 (Erstfassung 1963), S. 236–281; Alexander Gallus/Marion Lütke. Öffentliche Meinung und Demoskopie. Opladen 1998, S. 68–105.

68 Vgl. Kruke, Demoskopie, S. 459–489.

Vertreter der mit sozialwissenschaftlichem Anspruch operierenden Demoskopie warfen ihren Kritikern eine normativ-idealistische, veraltete Vorstellung von öffentlicher Meinung vor, während sie einen empirisch-sozialwissenschaftlich abgestützten, demokratischeren Begriff von öffentlicher Meinung dagegen stellten. Die Pointe daran ist, dass die Demoskopien aus Allensbach die CDU und ihre Politiker wohlwollend berieten, ihre Kritiker dagegen der SPD zugehörten oder nahe standen. Die politisch konservativen Meinungsforscher⁶⁹ setzen also auf eine sozialwissenschaftlich progressive Agenda, auf eine neue Theorie „totaler“ plebiszitärer öffentlicher Meinung, die gemäßigten Linken auf eine konservative bzw. altliberale politische Theorie der öffentlichen Meinung und der repräsentativen Demokratie. Die Kritik an der Demoskopie führte dabei dialektisch zu verstärktem Interesse an der Meinungsforschung und trug letztlich zum Take-off der Demoskopie in den 1960er Jahren bei. Ein Generationenkonflikt scheint indes bei der Debatte um die Demoskopie keine größere Rolle gespielt zu haben, denn sowohl die Kritiker wie auch die Advokaten der Demoskopie gehörten beide tendenziell der sog. 45er-Generation an, während ein früherer Nutzer der Demoskopie gänzlich aus dem mentalitätsgeschichtlichen Generationenschema herausfällt: Konrad Adenauer.

69 Andere Konservative hielten natürlich an einem intellektuellen Begriff von öffentlicher Meinung fest. So verteidigte Johannes Gross diesen explizit gegen die Auffassung Adenauers, „die unartikulierte Volksgesinnung“ sei „die eigentliche öffentliche Meinung“. Falsch sei dies, „weil außerhalb der Wahlkabine des Volkes Stimme sich nicht ausspricht und Politik in einem liberalen Staat nicht ohne Verlust für sie selbst ohne Teilnahme am öffentlichen Raisonement formuliert werden kann.“ Gross schrieb dies ebenfalls in „Der Monat“, und zwar nach der Debatte zwischen Sontheimer und Schmidtchen, ohne von dieser jedoch Notiz zu nehmen bzw. in irgendeiner Form auf die Demoskopie als Äußerung des Volkes zwischen den Wahlen einzugehen. Vgl. Johannes Gross, Ludwig Erhards Regentschaft. Die zweite Kanzlerdemokratie, in: Der Monat 192 (1964), S. 7–15, Zitat S. 13.

Literatur und Publizistik

Dominik Geppert
Hans Werner Richter, die Gruppe 47 und ‚1968‘ 175

Anne Fuchs
„Things to Come“ – kulturelle Umbruchstopoi in
Ludwig Harigs *Wer mit den Wölfen heult, wird Wolf* 189

Alexander Gallus
Erbe der „Weltbühne“
Kurt Hillers politisch-publizistisches Engagement nach 1945 201

Kunst, Journalismus, Kabarett

Christian Spiess
„Hört auf zu malen“. Zäsuren der Malerei in den 1950er Jahren 225

Maria Daldrup
„Vergangenheitsbewältigung“ und Demokratisierungsansätze
im Deutschen Journalisten-Verband 243

Detlef Briesen
Das politische Kabarett in der Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren.
Lost Generation, kritische Öffentlichkeit und Medienrevolution 269

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 285